SPD-Ortsverein Weichs, Freiherrnstr. 28, 85258 Weichs

An den außerordentlichen SPD-Bundesparteitag am 25.Juni 2017

Antrag 1: Investitionen, Haushalt, Finanzen

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist gerade im Großraum München eine dringende Zukunftsaufgabe. Der Öffentliche Personennahverkehr, Schienennetze, S-Bahn- und Bus-Verbindungen sind zu erweitern. Neue Radwege sind zu bauen. Das Wachstum in den Regionen muss gestaltet, Wohnen und Arbeiten miteinander verträglich verknüpft werden. Staatliche Investitionen müssen dies und andere Aufgaben sicherstellen.

Sozialer Fortschritt erfordert einen demokratischen Sozialstaat. Beide sind in Gefahr, wenn Unternehmen und Staat zu wenig investieren. Dramatisch schrumpfen in Deutschland die öffentlichen Investitionen. Besonders in Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig ca 40 Mrd € jährlich investiert werden. Zur Zeit lebt Deutschland von der Substanz. Die Sparpolitik im Rahmen der Schuldenbremse und der „Schwarzen Null“ ging zu Lasten der Investitionen. Der sanierungsfähige Zustand der Infrastruktur stellt die wirkliche Erblast für die nächste Generation dar.

Nach wie vor ist Deutschland in der OECD weit abgeschlagen, wenn es um die Durchlässigkeit in der Gesellschaft von Unten nach Oben geht und um die Chancen durch Bildung aufzusteigen.

Auf der anderen Seite ist in keinem Land Europas die Vermögensverteilung so ungleich wie in Deutschland und die heutigen Steuereinnahmen reichen nicht aus, die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufgaben sicherzustellen. Deutschland ist eine Steueroase für Vermögende, die hier nur halb so hoch besteuert werden wie im Rest der Industriestaaten. Erbschaften verschärfen die soziale Spaltung. Reiche, Vermögende und finanzstarke Unternehmen leisten keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Gemeinwesens.

Öffentliche Investitionen müssen neben Krediten auch aus Steuermitteln finanziert werden. Um die Lasten gerechter zu verteilen, sollen die existierenden Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften rückgängig gemacht werden. Die daraus resultierenden erhöhten Steuereinnahmen sind der öffentlichen Daseinsvorsorge zuzuführen.

Die Privatisierung der Bereitstellung von Gütern zur Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Die Bedürfnisse der Bürger sind zu decken und nicht private Renditemöglichkeiten zu eröffnen.

Soziale Gerechtigkeit wird verwirklicht, wenn der Staat verantwortlich ist und in die Lage versetzt wird, die Daseinsvorsorge zu gestalten, in der Bildung, beim Wohnen, in der Medizin, in der Infrastruktur, in der Wasserversorgung.

Weichs, 22.05.2017

Heinrich Fitger Ludger Elmer

1.Vorsitzender 2. Vorsitzender